

Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

17.2. FEB. 2016

JL

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 18.02.2016

An den
Bürgermeister der Kreisstadt Siegburg
Herrn Franz Huhn
Rathaus/Nogenter Platz 10
53721 Siegburg

Rat der Kreisstadt Siegburg am 25.02.2016

**Änderungsantrag Ratsmitglied Volksabstimmung Dr. Helmut Fleck zu:
TOP 3 „Haushaltssatzung für das Jahr 2016 - Aktualisierung der Veranschlagungen im
Kostenträger 311030200, Leistungen für Asylbewerber, Aussiedler u.a.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Huhn,

zu TOP 3 der o.g. Ratssitzung stelle ich folgenden Änderungsantrag:

Veranschlagung der Leistungen für Asylbewerber, Aussiedler u.a. für maximal 100 Personen.

Begründung

Flüchtlinge sind durch Flüchtlingskonventionen geschützt. Gemäß internationalem Recht (Vorstellungen der Vereinten Nationen (UNO), Genfer Flüchtlingskonvention usw.) sollen Länder **einmalig maximal 0,25 % ihrer Einwohnerzahl aufnehmen. Das wären 200.000 Flüchtlinge für Deutschland und 100 für Siegburg**, mehr Menschen aufzunehmen, sei für kein Land zumutbar und verkraftbar, die Integration würde nicht funktionieren usw..

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin ohne Obergrenze mit geöffneten Grenzen ist offensichtlich rechts- und verfassungswidrig (siehe Art. 16a (2) Grundgesetz) und müßte auch strafrechtlich verfolgt werden (siehe § 96 (1) Aufenthaltsgesetz).

Namhafte Staatsrechtler (Prof. Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider), Verfassungsrichter i.R.:
Professor Michael Bertrams, ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs NRW,
Professor Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Professor Udo Di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, Direktor des Instituts für
Öffentliches Recht (Abteilung Staatsrecht) Universität Bonn,
Professor Rupert Scholz, Ex-Bundesverteidigungsminister und Mitglied der CDU,
Professor Paul Kirchhof, Ex-Verfassungsrichter,
und Ökonomen: u.a. Professor Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts München (siehe „Die

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

sechs Denkfehler der deutschen Flüchtlingspolitik“, Wirtschaftswoche Nr. 4 vom 22.01.2016, haben die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin scharf kritisiert.

Der Demokratieforscher Wolfgang Merkel kommt in einer Analyse zu dem Ergebnis: **„Die Kanzlerin hat die Bürger entmündigt“** (siehe:

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/markus-maehler/merkel-ueber-merkel-die-kanzlerin-hat-die-buerger-entmuendigt-.html>).

Professor Schachtschneider weist in seinem neuen Buch **„ERINNERUNG ANS RECHT“** u.a. auf Art. 20 (4) GG hin:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Er fordert die Kommunen auf, **gestützt auf Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG in Verbindung mit Art. 28 Abs. 2 GG Kommunalverfassungsbeschwerde** einzureichen.

Ich verweise ebenfalls auf meine Anfrage vom 02.10.2015 hier im Rat zur Ratssitzung am 17.12.2015 **„Flüchtlingssituation in Siegburg unter dem Gesichtspunkt der „Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 GG - Recht auf Selbstverwaltung“**, die mit 16.12.2015 beantwortet wurde.

Ich verweise auch auf meine Ausführungen in meiner Haushaltsrede im Rat am 17.12.2015:

„Jede Gemeinde muss letztverbindlich durch Bürgerentscheid festlegen können, ob und ggf. wann sie welche und wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge aufnimmt (siehe Wahlaussagen „Volksabstimmung“, Punkt 21).“

Die Bürgerinitiative **„Mehr Demokratie wagen im Landkreis Passau“** hat gerade in Eigeninitiative einen solchen Bürgerentscheid bestehend aus 4 Fagen durchgeführt.

Ergebnis:

90 % der Bürgerinnen und Bürger lehnten die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin ab (siehe:

<https://www.compact-online.de/buergerentscheid-90-prozent-gegen-asylwahn/> , Anlage 1).

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Helmut Fleck
Ratsmitglied
-Volksabstimmung-

Anlage: 1

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen
Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Mitglied im Rat der Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Bürgerentscheid: 90 Prozent gegen Asylwahn



_von Martin Müller-Mertens

Umfragen zum Thema Asylkrise gibt es viele. Doch wie würden die Deutschen in einer Volksabstimmung über den großen Austausch votieren? Die Initiative „Mehr Demokratie wagen im Landkreis Passau“ wollte es nun genau wissen. Privat organisierte sie den ersten kommunalen Bürgerentscheid zum Thema Asylpolitik. Das Ergebnis ist eindeutig: Rund 90 Prozent lehnen die Merkelsche Einladungs politik ab, noch mehr sagen Nein zu weiteren finanziellen Belastungen der Gemeinden zu Gunsten der Asylforderer. ([weiterlesen](#))

<https://www.compact-online.de/buergerentscheid-90-prozent-gegen-asylwahn/>

<https://www.compact-online.de/buergerentscheid-90-prozent-gegen-asylwahn/print/>

Bürgerentscheid: 90 Prozent gegen Asylwahn

von *Martin Müller-Mertens* am 10. Februar 2016 um 12:10 Uhr in Innenpolitik |

Umfragen zum Thema Asylkrise gibt es viele. Doch wie würden die Deutschen in einer Volksabstimmung über den großen Austausch votieren? Die Initiative „Mehr Demokratie wagen im Landkreis Passau“ wollte es nun genau wissen. Privat organisierte sie den ersten kommunalen Bürgerentscheid zum Thema Asylpolitik. Das Ergebnis ist eindeutig: Rund 90 Prozent lehnen die Merkelsche Einladungs politik ab, noch mehr sagen Nein zu weiteren finanziellen Belastungen der Gemeinden zu Gunsten der Asylforderer.

Teilnehmen konnten alle Bürger der Gemeinden Ruhstorf und Neuburg/Inn. Per Post verschickten die Initiatoren insgesamt etwa 4.500 Stimmkarten – jeweils eine pro Haushalt. Weitere Karten konnten bei Bedarf angefordert werden, sofern weitere Stimmberechtigte in den jeweiligen

Haushalten wohnten. Beachtliche 62 Prozent der Neuburger, sowie 48 Prozent Ruhstorf beteiligten sich und beantworteten die insgesamt vier Fragen.

Die Frage eins – **„Ich unterstütze das Vorgehen der Bundesregierung in der Asyl- und Einwanderungsfrage“** – verneinten in der Gemeinde Neuburg 90,4 Prozent und in der Gemeinde Ruhstorf 90,8 Prozent.

Die Frage zwei – **„Ich bin für einen sofortigen Zuwanderungsstopp, unabhängig davon, ob dies derzeit gesetzlich möglich ist“** – ergab 89,2 Prozent Ja-Stimmen in Neuburg/Inn und 89,6 Prozent in Ruhstorf.

Frage drei: – **„Soll meine Gemeinde die Aufnahme von Asylsuchenden/Einwanderern stärker unterstützen, auch mit eigenem Geld?“** – beantworteten 93,5 Prozent der Neuburger mit „Nein“, bzw. 93,3 Prozent der Ruhstorfer.

Und Frage vier lautete: – **„Soll meine Gemeinde vor dem Bau oder der Genehmigung von Gemeinschaftsunterkünften eine Befragung der Bürger durchführen?“**. Hier lautete das Ergebnis: 94,7 Prozent „Ja“ in Neuburg und 93,0 in Ruhstorf.

„Wir haben damit ein Ergebnis erhalten von der ersten flächendeckenden Befragung der Bürger in Deutschland zum Themenkomplex ‚Asyl‘. Viele Menschen haben mich schon darauf angesprochen, dass es traurig sei, dass dies von privater Hand erfolgen müsse“, **sagte der Sprecher der Initiative, Gunter Huber. Zugleich forderte er eine Bundestagsabstimmung über die Asylpolitik.**

Völlig repräsentativ für ganz Deutschland sind die Zahlen sicher nicht – immerhin ist der an der Grenze zu Österreich gelegene Landkreis Passau ganz besonders von der anhaltenden illegalen Einwanderung betroffen. Allerdings könnte diese erste Bürgerbefragung durchaus nur der Anfang gewesen sein. „Es haben sich Interessenten aus anderen Kommunen gemeldet, die diese Aktion auch bei sich durchführen wollen“, so die Initiatoren.

Adresse zum Artikel:

<https://www.compact-online.de/buergerentscheid-90-prozent-gegen-asylwahn/>